

POLITIK AM FRÜHSTÜCKSTISCH: SPD-Bundestagsabgeordnete Christine Lambrecht referierte auf Einladung der AsF Bergstraße in Zwingenberg

Gewalt gegen Frauen ein No-Go

ARCHIV-ARTIKEL VOM MITTWOCH, DEN 24.02.2016

Von unserer Mitarbeiterin Monika Hälker

ZWINGENBERG. Die Übergriffe auf Frauen unter anderem in der Silvesternacht in Köln sind durch nichts zu rechtfertigen und ein Straftatbestand. Die Politik habe sofort mit einer Verschärfung des Ausweisungsrechts für Flüchtlinge reagiert, betonte Christine Lambrecht. Die SPD- Bundestagsabgeordnete sprach am Sonntagvormittag als Gastrednerin eines politischen Frühstücks bei der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) Bergstraße zum Thema Sicherheit von Frauen. Die AsF-Vorsitzende Dr. Regina Nethe-Jaenchen - Fraktionsvorsitzende der örtlichen SPD und deren Spitzenkandidatin für die Kommunalwahl - begrüßte die Teilnehmer im Alten Amtsgericht.

Minderheit mit großer Wirkung

"Jede Gewalt gegen Frauen, egal aus welchem Grund sie ausgeübt wird, ist ein No-Go", unterstrich Frau Lambrecht mehrfach. Sie befürwortet ausdrücklich die prompte Reaktion von Bundesinnenminister de Maizière und Bundesjustizminister Maas, die einen schnellen Weg zur Ausweisung ebnet. Straffällig gewordenen Ausländern droht demnach schneller als bisher die Abschiebung. Die kleine kriminelle Minderheit diskreditiere vor allem auch jene Flüchtlinge, die Schutz brauchen und unbescholten in Deutschland leben.

Warum rückten gerade diese Fälle in den Fokus von Medien und Öffentlichkeit? Die Straftaten geschahen nicht in dunklen Ecken oder auf einsamen Waldwegen, sondern in einem belebten, mit Kameras überwachten, öffentlichen Raum - und das bei vergleichsweise starker Polizeipräsenz. Gerade dieser Umstand hat Frauen verunsichert. Eine Antwort auf die Vorkommnisse ist die deutliche Erhöhung der Polizeikräfte. Insgesamt 12 000 zusätzliche Polizisten sollten nach Ansicht der SPD-Fraktion eingestellt werden - jeweils 6000 über die Bundespolizei und über die Länder.

Gewalt gegen Frauen üben freilich nicht nur Flüchtlingsmänner aus, auch wenn viele ein rückständiges Frauenbild mitbringen. Aufgabe der Integration muss es sein, dass ihnen das hier vorherrschende Recht auf Gleichberechtigung vermittelt wird. "Von diesem hart von feministischen Vorreiterinnen erkämpften Standpunkt weichen wir Sozialdemokratinnen keinen Millimeter ab. Frauen dürfen nicht von ihrem Recht zurücktreten müssen, nur weil Männer eine andere Vorstellung einbringen. Es ist Sache der Männer sich zu verändern."

Den Vorstoß der Union, das Sexualstrafrecht zu reformieren und die scharfe Kritik an Justizminister Maas hält die Politikerin für dreist. Schon seit den Sommermonaten habe ein entsprechender Entwurf von Heiko Maas im Kanzleramt vorgelegen, ohne dass sich jemand veranlasst gesehen habe, ihn auf den weiteren politischen Weg zu bringen. Christine Lambrecht fand deutliche Worte für den Theaterdonner seitens von CDU und CSU.

Gewalt findet in den meisten Fällen nicht auf der Straße, sondern in den Familien statt. Viele Frauen sind nicht ausreichend darüber informiert, wo sie Hilfe finden können. Die SPD-Politikerin betonte, dass es umso wichtiger sei, die Schulsozialarbeit auszubauen, damit schon Mädchen einen Ansprechpartner finden können.

Aber auch Frauen daheim oder in den Flüchtlingsunterkünften müssen geschützt werden können. Die Bundestagsabgeordnete befürwortet vor diesem Hintergrund die Einrichtung eines Notruf-Telefons. Es signalisiert unmissverständlich, dass Gewalt nicht geduldet werden muss und dass ein Gewaltschutzgesetz greift. Auch aus diesem Grund müssen Beratungsstellen gestärkt werden.

Dr. Regina Nethe-Jaenchen unterstrich, dass die Selbstbestimmung der Frauen schon aus Respekt vor den Vorkämpferinnen der Frauenbewegung nicht aufgegeben werden dürfe. Gleichberechtigung und Gleichstellung von Frauen dürften nicht zurückgenommen werden.

© Bergstraßeer Anzeiger, Mittwoch, 24.02.2016



Mehr km voller Abenteuer?

Strandausflug? Kurzurlaub in die Berge? Roadtrip? Wenn Ihre Reifen 8000 km länger halten würden, wohin würde Ihre Reise

gehen? >> mehr

Anzeige

NICHT JEDER ÜBERGRIFF WIRD VON DEN OPFERN ANGEZEIGT

Dr. Heidrun Kübler, Vorstandsmitglied des Frauenhauses Bergstraße, ist eine jener Frauen, die das Thema Gewalt schon in den 1980er Jahren zusammen mit der AsF auf die Tagesordnung brachten. Lautstarke Proteste waren die Folge, als man als Zufluchtsort für Frauen und Kinder ein Frauenhaus forderte. Mit Hilfe von politisch besonders engagierten Mitstreiterinnen wie Ruth Nauheimer, die mit "Eilenbogenlängen" kämpfte, gelang es, das Projekt umzusetzen. Der Verein Frauenhaus Bergstraße ist heute Träger einer Einrichtung, in der Frauen, die von psychischer und/oder körperlicher Gewalt bedroht oder betroffen sind, Zuflucht und Schutz finden. Wenig später eröffnete man zudem ein Beratungsbüro. Dr. Heidrun Kübler widersprach dem gängigen Vorurteil, dass schutzsuchende Frauen meist aus der sozialen Unterschicht kommen. Die SPD-Landtagsabgeordnete Karin Hartmann bekräftigte diese Einschätzung anhand einiger dramatischer Fälle.

[mehr...]

